

Europa zum Alltag machen

Oberbadisches Volksblatt vom 05.06.09

EU-Abgeordneter Andreas Schwab hat die erste Legislaturperiode hinter sich - und die Wahl am 7. Juni vor sich

Regio. Wenn 2009 ein Superwahljahr ist, so ist der kommende Sonntag ein Superwahltag. Dann werden nicht nur die kommunalen Gremien gewählt, sondern auch die Abgeordneten für das Europäische Parlament. Die Chancen, dass Dr. Andreas Schwab auch in der kommenden Legislaturperiode EU-Abgeordneter für die CDU Südbaden bleibt, stehen gut. Michaela Wassmer sprach mit ihm über die Rolle des Europäischen Parlaments, das Für und Wider seiner zwei Standorte, Bürgernähe und die durch Peer Steinbrück verursachten atmosphärischen Störungen im Verhältnis zur Schweiz.

Sie haben die erste Legislaturperiode als EU-Abgeordneter hinter sich. Wie fällt Ihr Resümee aus?

Beeindruckt hat mich, wie ich als Abgeordneter Einfluss auf die Gesetzgebung oder auf für die südbadische Bevölkerung bedeutende Themen nehmen konnte. Etwa dafür zu sorgen, dass sich durch den Zollkodex die Abfertigung der Lkw an der deutsch-schweizerischen Grenze nicht verzögert oder mich im Bereich der Dienstleistungsmärkte gegen die Kautionsregelung, die der Kanton Baselland auch von Handwerkern aus dem deutschen Grenzraum verlangt, einzusetzen. Diese Regelung ist EG-rechtswidrig, was die Schweizer Gerichtsbarkeit noch feststellen muss.

Dr. Andreas Schwab,

südbadischer EU-Abgeordneter

Ernüchtert hat mich, dass der Bürger EU-Themen nur wenig Aufmerksamkeit schenkt, obwohl sie ihn mehr betreffen, als er glaubt: Zwei Drittel unserer deutschen Arbeitsplätze hängen vom Export in den europäischen Binnenmarkt ab.

Europa ist für viele noch immer abstrakt - was sich auch an der Wahlbeteiligung zeigt. Wie kann es bürgernäher werden?

Die Beteiligung bei der Europa-Wahl 2004 lag in Baden-Württemberg bei 53,1 Prozent. An den jüngsten Oberbürgermeisterwahlen in Schwäbisch-Gmünd und Rottweil sehen wir, dass die Wahlbeteiligung auch auf kommunaler Ebene erheblich zurückgeht. Wir stehen also in allen Bereichen vor dem Problem, die Menschen wieder mehr für Politik zu interessieren. Ich für meinen Teil versuche das durch eine hohe Präsenz in den Gemeinden meines Wahlkreises.

Politische Inhalte werden heute vor allem durch das Fernsehen vermittelt. Und dort findet Europa so gut wie nicht statt. Zudem - und das sieht man auch an der jetzigen EU-Wahlvorberichterstattung - ist es bislang nicht gelungen, die richtigen TV-Formate zu finden, die den Zuschauer ansprechen. Das liegt sicher auch daran, dass sich die Themen ein Stück entfernt vom Bürger abspielen und der direkte Bezug zum täglichen Leben nicht immer hergestellt wird - aber werden könnte.

Braucht es nicht auch Schützenhilfe auf bundespolitischer Ebene?

Wir müssen die europäische Dimension stärker mitdenken. Themen wie die Europäische Flugaufsicht, die Opel-Rettung oder die Mehrwertsteuer werden in Deutschland zu sehr aus der nationalen Perspektive heraus diskutiert. Ich möchte, dass Europa mehr zum Alltag wird.

Liegt das Imageproblem nicht ein Stück weit daran, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten Ärgerliches und Unangenehmes gerne Brüssel in die Schuhe schieben?

Es ist sicher ein Problem, dass die nationalen Regierungen die Schuld nach Brüssel verlagern und sich, wenn etwas gut läuft, die Verdienste selber ans Revers heften. Ich glaube aber, dass sich der Bürger nicht mehr so leicht täuschen lässt. Dennoch: Eine Rechtsetzung im globalen Umfeld ist unglaublich schwer zu vermitteln.

Ein Weg, Europa dem Bürger näher zu bringen, wäre, das EU-Parlament mit mehr Aufgaben und Kompetenzen auszustatten.

Ich gehe davon aus, dass der Vertrag von Lissabon Ende 2009 ratifiziert wird. Das schafft Transparenz in der EU und bringt uns einen großen Schritt nach vorn. Auf Dauer brauchen wir aber ein Parlament mit eigenem Initiativrecht.

Andererseits hätte wohl auch 1979 niemand gedacht, dass das Parlament 2009 derart viele Entscheidungskompetenzen hat. Man kann mit Fug und Recht optimistisch sein. Das EU-Parlament mit seinen direkt von den Bürgern gewählten Abgeordneten ist der richtige Weg.

Straßburg und Brüssel: Kritiker halten zwei Standorte für Luxus und Geldverschwendung. Braucht es sie wirklich?

Das EU-Parlament darf bis heute nicht entscheiden, wo sein Sitz ist, das tun die Mitgliedsstaaten. Auch hier mangelt es uns also an Kompetenz. Straßburg steht für ein Europa der Völker, des Ausgleichs - es ist transparenter, bürgernäher, übersichtlicher und hat keinen so bürokratischen Anstrich wie Brüssel. Sie merken, ich bin ein großer Fan von Straßburg. Dennoch würde ich, sollte das Parlament eines Tages selbst seinen Sitz wählen, die Mehrheitsmeinung akzeptieren.

Wenn Sie auch in der nächsten Legislaturperiode wieder ins EU-Parlament einziehen - und die Chancen dafür stehen als Spitzenkandidat der CDU Südbaden äußerst gut - welches wären Ihre drei obersten Ziele?

Zunächst möchte ich im Vorfeld dafür werben, dass sich möglichst viele Bürger meines Wahlkreises an der Europa-Wahl beteiligen.

Als Abgeordneter will ich mich weiter für die Freiheit der Dienstleister vor allem an der deutsch-schweizerischen Grenze einsetzen. Dazu möchte ich weiter Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sein. Dann will ich das Thema Die Schweiz und die Europäische Union stärker auf die politische Agenda setzen und Europa bürgernäher machen. Auch werde ich weiterhin daran mitarbeiten, dass unnötige Bürokratie abgebaut wird.

Wie stark haben die verbalen Angriffe Peer Steinbrücks das Verhältnis zur Schweiz belastet?

Es schadet uns schneller, als wir dachten. Gerade jetzt ist es dringend nötig, dass wir das 1958 mit der Schweiz geschlossene Zollabkommen neu verhandeln oder dafür sorgen, dass deutsche Landwirte im Grenzraum die selben Rechte bekommen wie ihre Schweizer Kollegen. Steinbrücks Bemerkungen zeigen, dass er kein Verständnis für die Belange der Grenzregion hat. Wir brauchen in Berlin einen Mann, der sich für die Interessen Europas einsetzt.